

Niederschrift

über die Einwohnerversammlung der Stadt Friedrichstadt am 28.04.2016, 19.00 Uhr, in der ehemaligen Synagoge in Friedrichstadt.

Anwesend:

Von der Stadt Friedrichstadt:

Bürgermeister Eggert Vogt

Stadtverordneter Björn Jensen
Stadtverordnete Elke Kempkes
Stadtverordneter Günther Tietgen
Stadtverordneter Jens-I. Johannsen
Stadtverordnete Heike Willhöft

Bürgerl. Mitglied Tobias Tietgen
Bürgerl. Mitglied Jann Peter Büddig
Bürgerl. Mitglied Gesche Krause
Bürgerl. Mitglied Christiane Müller-v.Lübcke

Stadtmanagerin Annika Müller

Von der Tettet TSO GmbH:

Peter Hilfert
Dr. Tobias Müller
Tim Rüter
Katharina Schütz

Vom Ministerium für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume:

Rotraud Hänlein

Von der Wirtschaftsförderung Nordfriesland:

Tillmann Meyer

Vom Kreisfeuerwehrverband Nordfriesland:

Stv. KBM Wolfgang Clasen
Geschäftsführer HBM Jan Erik Jessen

Vom Amt Nordsee-Treene:

Amtswehrführer Tim Petersen
Femke Postel (zgl. Protokollführerin)

Zudem anwesend:

Herr Meißner von der Presse
sowie mehrere Einwohner und Einwohnerinnen der Stadt Friedrichstadt

Themen:

1. **Einrichtung einer Pflichtfeuerwehr**
2. **Trassenplanung der Tettet (380 KV-Leitung)**
3. **Projekt „Stadtentwicklung“**

Bürgermeister Vogt begrüßt alle Anwesenden recht herzlich und bedankt sich für das zahlreiche Erscheinen. Insbesondere begrüßt er die Vertreter der Fa. Tennet TSO GmbH, die Vertreter des Kreisfeuerwehrverbandes, Tillmann Meyer von der Wirtschaftsförderung, sowie den Amtswehrführer und den Amtsvorsteher des Amtes Nordsee-Treene.

Aus gegebenem Anlass, so Bürgermeister Vogt, müsse im Vorwege die kurzfristig eingerichtete Pflichtfeuerwehr als ein weiteres Thema behandelt werden.

1. Einrichtung einer Pflichtfeuerwehr

Bürgermeister Vogt erläutert die derzeitige Problematik. Er teilt mit, dass die Freiwillige Feuerwehr zerstritten gewesen sei und dass dies auch durch eine Mediation nicht habe gelöst werden können. Als dann keine Lösung in Aussicht gewesen sei, hätte sich eine der beiden Parteien dazu veranlasst gesehen, aus demonstrativen Gründen ihren Rücktritt einzureichen. Durch das Ausscheiden jener Kameradinnen und Kameraden seien nicht mehr ausreichend Mitglieder vorhanden gewesen, um die Freiwillige Feuerwehr aufrechtzuerhalten und damit den Brandschutz zu gewährleisten.

Um insbesondere letzteren wieder herzustellen, habe sich die Fachaufsicht des Kreises aus rechtlicher Sicht dazu veranlasst gesehen, die Stadt Friedrichstadt per Bescheid über die Einrichtung einer Pflichtfeuerwehr in Kenntnis zu setzen. Im gleichen Zuge sei dann der bisherige Wehrführer aufgrund seiner Befähigung und der bisher nicht zu beanstandenden Zusammenarbeit auch wieder als Wehrführer der Pflichtfeuerwehr Friedrichstadt von der Fachaufsicht des Kreises verpflichtet worden.

So sind daraufhin seitens des Amtes Nordsee-Treene in Mildstedt Personen angeschrieben und für die neue Pflichtfeuerwehr verpflichtet worden, die den gesetzlichen Kriterien entsprachen (u.a. Alter, Wohnort). Die Auswahl erfolgte einzig durch das zuständige Team Bau, des Amtes Nordsee-Treene in Mildstedt, um den möglichen Vorwurf der Vetternwirtschaft vor Ort in Friedrichstadt zu vermeiden. Deshalb habe er, so Bürgermeister Vogt, auch nicht an der Auswahl teilgenommen. Bislang seien 14 Widersprüche gegen die versandten Verpflichtungsbescheide eingegangen. Am kommenden Montag werde der erste Übungsabend stattfinden. Bis die Pflichtfeuerwehr wieder vollständig einsatzbereit sei, so Bürgermeister Vogt, stünden die Nachbarwehren für den Brandschutz zur Verfügung. Diesen sei man dafür sehr dankbar. Und dies sei es auch, worum es im Kern ginge. Denn einzig die Sicherstellung des Brandschutzes stünde im Vordergrund.

Bürgermeister Vogt moniert abschließend noch die Berichterstattung des aktuellen Zeitungsartikels in den Husumer Nachrichten. Obgleich darin „von bösen Zungen“ (lt. Artikel) sinngemäß behauptet werde, dass der heutige Termin der Einwohnerversammlung bewusst gewählt worden wäre, da parallel eine Versammlung zum Thema Ortsgestaltungssatzung Friedrichstadt stattfinden würde, um auf diese Art weniger kritische Wortmeldungen zum Thema Pflichtfeuerwehr zu erhalten, sei dies nicht der Fall. Die heutige Einwohnerversammlung sei schon vor Wochen geplant gewesen; dies sei insbesondere damit zu belegen, dass die Terminfindung mit den Vertretern der Tennet TSO GmbH keine leichte gewesen sei, da jene im Rahmen der Realisierung der 380 KV-Leitung sehr viele Termine wahrnehmen müssten. Das Thema Pflichtfeuerwehr sei aufgrund der kurzfristigen Erfordernis zusätzlich aufgenommen worden. Daher lehne er es strikt ab, dass es sich hierbei um Absicht gehandelt haben solle.

Bürgermeister Vogt bittet nunmehr um Wortmeldungen zum vorgenannten Thema.

Einwohnersammlung vom 28.04.2016

Es wird daraufhin moniert, dass es nicht, wie auf der letzten Stadtverordnetenversammlung verkündet, einen Neuanfang gegeben habe. Denn es seien dieselben Personen wie zuvor verpflichtet worden. Dabei wird auf den Wehrführer und den Gerätewart abgestellt.

Ferner wird auf die von einer ehemaligen Kameradin zur Anzeige gebrachte angebliche Nötigung abgestellt.

Zudem sei es sehr enttäuschend, dass das Schriftstück, mit welchem die Auflösung der Freiwilligen Feuerwehr bekanntgegeben worden sei, nicht einmal eine Danksagung enthalten hätte.

Bürgermeister Vogt teilt mit, dass der Wehrführer wie bereits zuvor erwähnt vom Kreis Nordfriesland eingesetzt worden sei. Über weitere Posten sei bislang noch nichts entschieden worden. Ferner verweist er darauf, dass es sich bei der zur Anzeige gebrachten angeblichen Nötigung um ein laufendes Verfahren handle, welches von den zuständigen Stellen bearbeitet werde. Und solange es sich um ein laufendes Verfahren handle, könne und dürfe niemand von Dritten bzw. Personen die nicht anwesend waren nur aufgrund von Hören-Sagen oder einseitiger Schilderung einer Streitpartei vorverurteilt werden. Entsprechend werde er nicht weiter auf diesen Punkt eingehen.

In Bezug auf die fehlende Danksagung teilt er mit, dass es sich hierbei um ein Versäumnis der Stadt gehandelt habe.

Weiter wird moniert, dass die „alte Elite“ wieder verpflichtet worden wäre.

Bürgermeister Vogt schildert auch hier noch einmal den zuvor bereits genannten Hergang des Auswahlverfahrens und der Verpflichtungen.

Es wird die Frage nach der Ehrenmitgliedschaft gestellt.

Der stellvertretende Kreisbrandmeister Wolfgang Clasen teilt mit, dass die Ehrenabteilung bedauerlicherweise im Rahmen einer Pflichtfeuerwehr nicht vorgesehen und daher ebenfalls aufgelöst sei. Eine Beibehaltung sei gemäß der gesetzlichen Vorgaben nicht vorgesehen.

Ferner wird die Frage nach den passiven Mitgliedern gestellt.

Der stellvertretende Kreisbrandmeister Wolfgang Clasen erläutert auch hier, dass jene bedauerlicherweise nicht vorgesehen seien. Entsprechend sei mit Beginn der Pflichtfeuerwehr auch die Kameradschaftskasse eingefroren. Dies solange, bis es ggf. eine neue Freiwillige Feuerwehr gäbe.

Es wird sich danach erkundigt, ob man auch freiwillig in die Pflichtfeuerwehr eintreten könne.

Der stellvertretende Kreisbrandmeister Wolfgang Clasen teilt mit, dass die Mitglieder der Pflichtfeuerwehr von behördlicher Seite berufen werden müssen.

Ferner wird sich erkundigt, weshalb die vermeintlich größere Gruppe der ehemaligen Kameraden verpflichtet worden sei. Dies würde nicht der Wahrheit entsprechen. Es handle sich um eine Streitigkeit zwischen gleichgroßen Gruppen. Hier würde gemauschelt werden und dies zugunsten des Wehrführers, der hauptsächlich an den Problemen Schuld trage.

Bürgermeister Vogt teilt mit, dass er sich persönliche Anfeindungen verbiete. Ferner handle es sich in Bezug auf die vermeintliche Schuld des Wehrführers um die einseitige Schilderung einer der betroffenen Parteien.

Daraufhin wird entgegnet, dass es nicht nachzuvollziehen sei, weshalb gerade die ehemaligen Mitglieder wieder verpflichtet werden würden, die zurückgetreten seien. Dies gelte auch für den Wehrführer, der seinen Posten abgegeben hätte.

Bürgermeister Vogt erläutert, dass der Wehrführer seinen Posten im Rahmen einer innerhalb der Mediation getroffenen Absprache zurückgegeben habe; ebenso wie es fast alle Mitglieder des Vorstandes im Rahmen jener Absprache entschieden hätten. Dies aufgrund der Tatsache, dass man die Freiwillige Feuerwehr erhalten wollte und den Mitgliedern noch einmal eine Chance geben wollte, einen funktionstüchtigen und nicht zerstrittenen Vorstand zu wählen. Doch da eine Person dieser Absprache nicht folgen wollte, ist letztlich eine der Streitparteien als Reaktion auf die gescheiterte Mediation geschlossen zurückgetreten.

Bürgermeister Vogt wird daraufhin auf den Vorfall vom vergangenen Sonntag angesprochen, an welchem die Polizei zum Gerätehaus gerufen worden sei, da angeblich eine ehemalige Kameradin unrechtmäßig Gegenstände aus jenem entwendet hätte.

Er berichtet daraufhin, dass er der ehemaligen Kameradin telefonisch das Betreten des Gerätehauses erlaubt habe. Dies aber in der Annahme, dass jene lediglich ihre persönlichen Gegenstände aus dem Gerätehaus holen würde. Zudem habe er nicht gedacht, dass jene dann sogleich mit ca. 6-7 Personen dort aufschlagen würde.

Ferner äußert er seinen Unmut darüber, dass die Kameradin das besagte Telefongespräch ohne sein Wissen aufgezeichnet habe und dann auch noch ohne Rücksprache der Polizei vorgespielt habe, die sich wiederum damit zufrieden gegeben hätte. Dass von der anderen Streitpartei die Polizei gerufen worden sei, wäre wiederum darauf zurückzuführen, dass er versäumt habe, den Wehrführer von der telefonischen Absprache in Kenntnis zu setzen und aufgrund der Streitigkeiten größtmögliche Neutralität gewahrt werden sollte, um nicht noch weitere Problematiken heraufzubeschwören. Deshalb habe sich die Gegenpartei dazu veranlasst gesehen, die Polizei einzuschalten.

Es wird daraufhin der Stadt vorgeworfen, dass sie einen Teil der ehemaligen Mitglieder der Feuerwehr hinausgeworfen habe. Bürgermeister Vogt verneint dies und wiederholt abermals seine vorherige Erläuterung in Bezug auf die Zusammenstellung der Pflichtfeuerwehr.

Ferner wird der Stadt vorgeworfen, dass sie die Pflichtfeuerwehr in die Wege geleitet habe.

Der stellvertretende Kreisbrandmeister Wolfgang Clasen verneint dies und verweist auf die Mediation, die die Stadt veranlasst habe, um die Pflichtfeuerwehr nach Möglichkeit abzuwenden.

Es wird angeführt, dass es kein Zufall gewesen sei, dass eine der Streitparteien plötzlich aus der Freiwilligen Feuerwehr in ihrer Gesamtheit ausgetreten sei. Dies insbesondere, weil zu jenem Zeitpunkt schon zwei neue Wahlvorschläge vorlagen.

Der stellvertretende Kreisbrandmeister Wolfgang Clasen verneint auch dies und verweist darauf, dass sich dabei um eine Mutmaßung handelt. Zudem dürften aus formellen Gründen etwaige Wahlvorschläge nur nach dem Zugang der Einladung eingereicht werden.

Das Vorgehen wäre kein Beispiel für Demokratie.

Bürgermeister Vogt verneint diesen Vorwurf und verweist in gleichem Zuge auf die derzeit via Facebook erfolgenden, nicht akzeptablen Kommentare. Hier würde eine einseitige Schilderung der Sachlage erfolgen und zu allem Überfluss würden sich Dritte eine nicht fundierte Meinung bilden. Dies sei reine Stimmungsmache.

Die Frage nach den Kosten wird aufgeworfen, die die Pflichtfeuerwehr mit sich bringen werde.

Es wird mitgeteilt, dass es sich um einen längeren Prozess handeln werde. Es seien Lehrgänge und Kleidung erforderlich. Es würde sich dabei um unumgängliche Kostenaufwendungen handeln. Die Kosten würde die Stadt tragen und dahingehend die Steuerzahler. Allerdings würden für die Grundausbildung keine Kosten anfallen, da diese innerhalb des Kreises getragen werden würden.

Anderen Kosten, so z.B. die Entschädigung bei einem Verdienstaufschlag, würden analog zu jenen anfallen, die auch bei einer Freiwilligen Feuerwehr zu tragen wären. Hier gäbe es keine Unterschiede. Die Ausbildung selbst würde in den Abendstunden stattfinden, um auch berufstätigen Personen entgegenzukommen. Dies sei grundsätzlich aber z.B. auch bei den Übungsabenden üblich.

Alles in allem würden natürlich zusätzliche Kosten auf die Stadt zukommen, die den Haushalt belasten würden. Aber dies dürfe nicht relevant sein, da einzig die Aufrechterhaltung und Sicherstellung des Brandschutzes die obersten Ziele darstellen würden.

Die Wehr sei aufgrund der 21 aus der ehemaligen Freiwilligen Feuerwehr übernommenen Kameraden im Kern schon wieder einsatzbereit, wenn man z.B. die generelle Tagesverfügbarkeit beachte. Jene würden bislang auch weiterhin zusammen mit den Nachbarwehren ausrücken. Entsprechend stünden auch ausreichend Atemschutzträger zur Verfügung.

Die Sicherheit sei weiterhin durch Feuerwehren, Rettungsdienst und Polizei gewährleistet.

Es wird sich danach erkundigt, weshalb die Stadt Friedrichstadt die Stv. Wehrführerin hätte absetzen können. So etwas könne nur durch den Vorstand erfolgen.

Diesbezüglich wird erläutert, dass es sich bei der Stv. Wehrführerin um eine von der Stadt Friedrichstadt ernannte Ehrenbeamtin handle. Entsprechend habe die Stadt Friedrichstadt aufgrund einer Unterschriftensammlung im Sinne der Sicherstellung des Brandschutzes über diesen Posten entscheiden müssen. Ferner wird ergänzt, dass die Unterschriftensammlung nicht wie im sozialen Netzwerk behauptet, seitens der Wehrführung initiiert worden ist. Der Wehrführer habe jene weder veranlasst, noch unterzeichnet.

Kreisbrandmeister Christian Albertsen erläutert abschließend wie folgt, dass Friedrichstadt schon seit einigen Jahren aufgrund der geringen Mitgliederzahl im Fokus der entsprechenden Behörden gestanden hätte und demnach eine Pflichtfeuerwehr nur noch eine Frage der Zeit gewesen sei.

Letztlich wird Herrn Vogt ein offener Brief von einem Einwohner der Stadt Friedrichstadt überreicht.

In jenem wird die heutige Berichterstattung in den Husumer Nachrichten moniert. Diese sei einseitig und Herr Meißner, als Verfasser des Artikels, lasse sich von der entsprechenden Streitpartei instrumentalisieren, in dem er einer der Streitparteien dabei helfe in der Öffentlichkeit schmutzige Wäsche zu waschen. Ferner erwecke Herr Meißner den Eindruck, als handle es sich bei dem Vorwurf der vermeintlichen Nötigung bereits um eine erwiesene Tatsache, obgleich ebendies aktuell noch Gegenstand der Ermittlungen sei. Hier werde der gute Ruf von Feuerwehrkameraden

öffentlich geschädigt, ohne dass der besagte Grund erwiesen sei. Entsprechend werde mit Hilfe des offenen Briefes eine Richtigstellung gefordert, die der Bürgermeister als Dienstherr der betroffenen Feuerwehrkameradinnen und -Kameraden von der besagten Zeitung einfordern solle.

Herr Meißner, der ebenfalls anwesend ist, entgegnet, dass er letztlich gar keine andere Möglichkeit gehabt hätte, da er von der anderen Partei keine Auskunft erhalten hätte.

Ihm wird daraufhin vom Amtsvorsteher des Amtes Nordsee-Treene, Ralf Heßmann, mitgeteilt, dass dies aus Gründen der Wahrung der Persönlichkeitsrechte erfolge und Streitigkeiten grundsätzlich nicht in der Presse ausgetragen werden sollten.

Ralf Heßmann teilt den Anwesenden mit, dass er selbst Bürgermeister sei und es nicht gutheiße, wenn innerhalb der Feuerwehr Disziplinlosigkeit herrsche. Und das Verbrennen eines Feuerwehrpullovers verbunden mit übermäßigem Konsum von Alkohol sowie die Kommentare in sozialen Netzwerken seien nicht akzeptabel.

Im Vordergrund stünde noch immer die Sicherheit der Einwohner und Einwohnerinnen. Die Mediation habe gezeigt, dass offene und ehrliche Gespräche nicht mehr möglich seien. Der Kreis habe nach dem, als Reaktion auf die gescheiterten Gespräche demonstrativ erfolgten Rücktritt einer der Parteien entsprechend keine andere Möglichkeit gehabt, als eine Pflichtfeuerwehr einzufordern. Entsprechend sei der Rücktritt der besagten Partei nicht dahingehend zu werten, dass diese nicht länger Teil der Freiwilligen Feuerwehr sein wollte.

Ferner betont Ralf Heßmann, dass es sehr bedauerlich sei, dass die Freiwillige Feuerwehr nicht länger existieren würde. Aber dennoch sehe er die neue Pflichtfeuerwehr als eine Chance sachlich und mit klaren Strukturen dem Brandschutz gerecht zu werden. Es gäbe nicht länger einen aus unsachlichen Gründen zerstrittenen Vorstand mehr und man könne sich endlich auf den Brandschutz konzentrieren.

Entsprechend wünsche er der Stadt, den Stadtverordneten und dem Bürgermeister viel Kraft.

Im Anschluss daran bedankt sich Bürgermeister Vogt bei den Gästen vom Kreisfeuerwehrverband sowie beim Amtswehrführer und wünscht ihnen einen guten Heimweg.

2. Trassenplanung der Tennet (380 KV-Leitung)

Seitens der Tennet wird der aktuelle Projekt- und Verfahrensstand erläutert. Der erste Abschnitt soll Ende des Jahres bereits eine Fertigstellung der Arbeiten verzeichnen; dies zwischen Brunsbüttel und Süderdonn.

Im zweiten Bauabschnitt wird bereits Ende Mai der Planfeststellungsbeschluss erwartet.

Der dritte Bauabschnitt, welcher die Strecke Heide – Husum betrifft, beinhaltet eine Planänderung. In der Vergangenheit haben hierzu bereits diverse Dialog- und Kommunikationsveranstaltungen sowie Gespräche mit den betroffenen Kommunalpolitikern stattgefunden. Ferner soll der geplante Baustart für das Umspannwerk Ende 2016 erfolgen.

Die Trassierung im Bereich Friedrichstadt ist im Rahmen der genannten Gespräche ein Stück weit verändert worden. So wird die Trasse nunmehr etwas weiter vom Stadtgebiet weggeführt, obgleich sich die Planung eigentlich an der vorhandenen Infrastruktur – hier der bereits vorhandenen Trasse – orientieren sollte.

Jene Maßnahme erforderte viele Gespräche mit den Landeigentümern (u.a. Grunddienstbarkeiten, Standorte der Masten, Arbeitsbreiten von landwirtschaftl.

Gerätschaften). Jene sind zum Teil noch nicht gänzlich abgeschlossen. Allerdings wird der neue Trassenverlauf dennoch bereits ins Planfeststellungsverfahren eingebracht.

Die Entfernung vom bisherigen Neubaugebiet beträgt 350 m. Die Entfernung von der geplanten Erweiterung beträgt 200 m. In Schleswig-Holstein gäbe es keine gesetzliche Grundlage für eine Mindestentfernung. Allein Gebäude sollten nicht überspannt werden. Die 200 m seien jedoch eine Art anerkannte Faustregel. Die Vorgaben für den Mindestabstand würden letztlich europaweit variieren.

Hierbei wird seitens der Zuhörer/innen auf größere Mindestabstände im Ausland hingewiesen, da gesundheitliche Folgen befürchtet werden.

In Deutschland handle es sich um politisch gewollte, nicht aber um gesundheitlich erforderliche Mindestabstände. Es wird bezweifelt, dass die Stadt die Grundstücke im Rahmen der geplanten Erweiterung des Baugebietes unter diesen Voraussetzungen verkaufen könne.

Seitens der Tennet wird betont, dass nach heutigem Stand der Technik keine Risiken vorliegen würden.

Im Anschluss erfolgt ein reger Diskurs über die Verwendung von Erdkabeln. Im Zuge dessen wird der Tennet vorgeworfen, dass sie vor einiger Zeit die Erdverkabelung noch aus technischen Gründen abgelehnt habe, nunmehr jedoch an der Ostsee bereits mehrere kurze Abschnitte via Erdverkabelung geplant seien. Zudem zeige Bayern eindrucksvoll, wie sich eine Erdverkabelung auch auf weite Strecken hin umsetzen lasse.

Seitens der Tennet wird mitgeteilt, dass es eines Pilotprojektes bedürfe. Dies sei aber im Bereich der Westküste aufgrund einer fehlenden gesetzlichen Grundlage im zutreffenden Bundesgesetz nicht möglich und die Tennet könnte eine solche Initiative nicht herbeiführen.

Es wird vehement nachgefragt, ob es dennoch entgegen der Äußerungen auf einer vergangenen Veranstaltung, technisch möglich sei, die Trasse via Erdverkabelung zu realisieren.

Seitens der Tennet wird angeführt, dass es sich um Drehstrom handle. Eine entsprechende Erdverkabelung sei demnach nur im Rahmen von Pilotprojekten auf kurzen Strecken möglich.

Es wird sich danach erkundigt, warum keine Erdverkabelung im Rahmen der Zuleitung erfolgt.

Laut der Tennet sei die Zuleitung entsprechend in der Zuständigkeit der SH Netz AG und diese sehe keine Erdverkabelung vor. Sie müsste eine solche beantragen. Dies wird aber höchstwahrscheinlich nicht erfolgen, da dieses Vorgehen dann nicht der übrigen Planung der SH Netz AG entsprechen würde.

Bürgermeister Vogt bedankt sich recht herzlich bei den Vertretern der Tennet TSO GmbH und stellt dann Annika Müller, die neue Stadtmanagerin von Friedrichstadt vor.

3. Projekt „Stadtentwicklung“

Annika Müller berichtet daraufhin, welche Aufgaben ihr Zuständigkeitsbereich beinhaltet – so z.B. das Akquirieren von Fördermitteln. Ferner teilt Sie mit, dass sie gerade u.a. den Tag der Vereine mit vorbereiten würde – eine Art Tag der offenen Tür aller beteiligten Friedrichstädter Vereine, der der Mitgliedererwerb dienen

Einwohnersammlung vom 28.04.2016

solle. Ferner arbeite Sie zusammen mit der Touristinformation und der Gemeinde St. Annen an der möglichen Umsetzung für eine Feierlichkeit zum 100. Jährigen Bestehen der Eiderbrücke.

Ferner weist sie auf die neue E-Ladesäule auf dem Markt hin, die in Zusammenarbeit mit der ETS GmbH im Rahmen eines Förderprojektes realisiert werden konnte. Es handle sich dabei jedoch nicht um eine Schnelllade-Säule. Zudem wird es aus organisatorischen Gründen keinen permanenten Zugriff auf die Säule geben. Der Zugang zur Nutzung wird organisiert erfolgen.

Auch berichtet sie darüber, dass die Realisierung eines öff. W-Lan-Zuganges möglich wäre. Diesbezüglich laufen bereits Gespräche mit einer Firma aus Österreich. Diese wird im Fall der Realisierung die Haftung übernehmen sowie auf die Einhaltung des Jugendschutzes achten und auch die Technik warten. Der Zugang wäre mit der Schaltung von regionaler Werbung gekoppelt. Nachts würde der Zugang abgeschaltet werden. Der Radius würde sich auf den Bereich des Marktes bzw. ein Stück weit darüber hinaus erstrecken. Gesundheitliche Risiken sind derzeit nicht bekannt. Die Stadt würde dann vorauss. nach der Anschaffung die Internetkosten sowie eine Bearbeitungspauschale/Verwaltungskosten (~10%) als laufende Kosten tragen müssen.

Abschließend weist sie darauf hin, dass die Stadt anlässlich des Wettbewerbes Zukunftsstadt 2030 einen Besuch von Studenten der Hafenuniversität erwartet (17.05.-22.05.2016). Für diese würden noch kostenfreie Übernachtungsmöglichkeiten gesucht. Personen, die solche anbieten können und wollen, dürfen sich gerne bis spätestens 17.05.2016 bei der Stadt melden.

Dann stellt Tillmann Meyer von der Wirtschaftsförderung NF das Projekt „Zukunftsstadt 2030“ vor, in welchem Friedrichstadt die zweitkleinste Kommune darstellt.

Er erläutert den bisherigen Werdegang des Projektes und teilt mit, dass sich die Stadt derzeit in der zweiten Phase des Wettbewerbes befinde.

Nunmehr ginge es darum die Jury auch im Rahmen der zweiten Phase zu überzeugen. Diesbezüglich sind bereits innerhalb mehrerer Arbeitsgruppen die Bürgerideen und – Visionen beleuchtet und bearbeitet worden.

Diese sind nunmehr zusammengetragen worden und werden für den Abschluss der zweiten Phase aufgearbeitet.

Es sind mehrere Handlungsfelder aufzuführen: Partizipation & Kommunikation, Engagement, lebendige Wirtschaft, Stadt inmitten der Dörfer, interkommunale Zusammenarbeit, Bauen, Wohnen, Stadtbild, Freizeit, Tourismus, Kultur.

Folgende Bausteine der Vision Zukunftsstadt 2030 sind:

Projektskizzen Arbeitskreise, Stimmen lokaler Akteure, Erfahrungen aus dem Prozess, Schulprojekt Eider-Treene-Schule, Ideenwelt der Bürger/innen, Forschungsintervention Hafen City Universität Hamburg, Ergebnisse der Arbeitsgruppen, Analysephase „Theorie & Praxis“.

Aus dem Kreis der Zuhörer/innen wird angeregt, dass die Projektskizzen und das Projekt Zukunftsstadt doch bitte nach Möglichkeit mehr der Öffentlichkeit präsentiert werden mögen, z.B. im Rahmen eines Tages der offenen Tür oder als Download auf der Internetseite der Stadt.

Bürgermeister Vogt bedankt sich für die detaillierten Ausführungen und teilt den Anwesenden dann noch wie folgt mit, dass die Sanierung des Badestrandes – hier:

Einwohnersammlung vom 28.04.2016

des Gebäudes – abgeschlossen sei. Aus seiner Sicht sei das Ergebnis sehr gelungen und er hoffe, dass das neue Gebäude schnell Anklang finden möge.

Ferner berichtet er, dass man derzeit daran arbeite eine Lösung für die vielschichtigen Zuständigkeiten in Bezug auf die Bootsliegeplätze zu finden. Es sind noch viele Punkte zu klären. Doch wenn sich alles insofern lösen und koordinieren lasse bzw. wenn dem von den Behörden erarbeiteten Lösungsvorschlag dann die politischen Gremien der unterschiedlichen kommunalen Ebenen zustimmen würden, wäre ggf. Anfang/Mitte 2017 eine Lösung in Sicht.

Er bedankt sich bei allen Anwesenden für das große Interesse und die Wortmeldungen und schließt die Einwohnerversammlung um 21.30 Uhr.

E. Vogt
(Bürgermeister)

F. Postel
(Schriftführerin)